



Klaus Gruber (links) mit den libyschen Partnern sowie dem deutschen Kollegen Friedrich Schwindt (3. von rechts).

Know-how für Libyen

Der Mitarbeiter des Innenministeriums Klaus Gruber ist seit Anfang 2018 Berater des libyschen Innenministeriums. Er unterstützt die Einheitsregierung beim Wiederaufbau des Sicherheitsapparats.


Nach der Revolution 2011 und dem libyschen Bürgerkrieg 2014 befindet sich das Land in einer schwierigen Situation. Die meisten libyschen Behörden kämpfen mit materieller Not, da sie ihrer Grundlagen beraubt wurden – oft haben sie keine Computersysteme oder kein Equipment mehr, um ihre Aufgaben zu bewältigen“, berichtet Ministerialrat Klaus Gruber, der seit Jänner 2018 als Experte von Österreich zur zivilen EU-Mission nach Libyen entsendet ist. „Es gibt zu wenig geschultes Personal im Sicherheitsbereich, da etwa gut ausgebildete Polizisten während dieser schwierigen Zeit ihr Leben verloren haben oder geflohen sind.“

EUBAM Libya. Im Mai 2013 gründete die EU zur Unterstützung der Sicherung der libyschen Land-, See- und Luftgrenzen die EU-Mission „Integrated Border Assistance Mission in Libya“ (EUBAM Libya). Das Mandat der

Mission wurde zuletzt im Juli 2017 bis Dezember 2018 verlängert. Dieser Mission gehören mehrere Dutzend internationale Expertinnen und Experten aus fast allen EU-Ländern an – seit Jänner 2018 auch der Österreicher Klaus Gruber. Obwohl die EU-Mission eng mit den libyschen Behörden zusammenarbeitet, wurde sie im Juli 2014 aufgrund der sich verschlechternden Sicherheitsituation nach Tunis (Tunesien) evakuiert. Das Hauptquartier der Mission ist vorübergehend noch in Tunesien, die EU-Expertinnen und Experten fahren regelmäßig zu Arbeitstreffen mit den libyschen Partnern nach Tripolis.

Kompetenzvermittlung. „In meiner Funktion bei EUBAM Libyen bin ich kein Einzelkämpfer. Ich bin Mitarbeiter des EU-Law-Enforcement-Teams, das sich aus sechs Vertretern verschiedener Nationen zusammensetzt. Obwohl wir aus sehr unterschiedlichen Bereichen kommen, sind wir ein sehr homogenes

Team“, erklärt Gruber. „Am engsten arbeite ich mit Friedrich Schwindt zusammen, einem pensionierten deutschen Polizeidirektor aus Nordrhein-Westfalen, der seinen Ruhestand bereits seit Jahren der Kompetenzvermittlung im Sicherheitsdienst widmet. Gemeinsam mit ihm habe ich seit Beginn 2018 mit den libyschen Kollegen eine Dialogplattform gegen organisierte Kriminalität ins Leben gerufen.“ Mitglieder dieser Plattform sind die Führungskräfte der drei großen, landesweit zuständigen Behörden zur Bekämpfung der Kriminalität, des Drogenschmuggels und der Schleppereibekämpfung. Seit Kurzem ist der Leiter des Ministerbüros des Innenministeriums dabei. Ziel dieser Dialogplattform ist es, den Informationsaustausch und die Vernetzung zwischen den jeweiligen Behörden in Libyen voranzutreiben. „In der Vergangenheit, speziell in der Ära Gaddafi, hat wenig bis keine Koordination unter den Behörden stattgefunden. Das war vom



Regime Gaddafi gewollt und hat den Machthaber in seiner Vormachtstellung unterstützt. Wir wollen dieses System schrittweise aufbrechen und Libyen dabei helfen, dass es in der internationalen Polizeikooperation wieder Anschluss findet“, sagt Gruber. Eine Maßnahme war ein Studienbesuch eines sechsköpfigen Teams von Vertretern libyscher Sicherheitsbehörden im Juni 2018 im Bundeskriminalamt in Wien. Der Besuch wurde von Klaus Gruber und seinem deutschen Kollegen initiiert, vorbereitet und begleitet.

„Anlass war es, während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft den libyschen Vertretern Möglichkeiten zu bieten, andere Polizeisysteme kennenzulernen. Sie sollen Handwerkszeuge wie Analyse- und Computersysteme kennenlernen, internationale Kontakte knüpfen und dadurch eine Diskussionsgrundlage bekommen, welche Notwendigkeiten sich für die libyschen Verhältnisse und die libyschen Sicherheitsbehörden ergeben“, erläutert Gruber. Man wollte dafür bewusst ein Land auswählen, das ein funktionierendes Sicherheitssystem und im menschenrechtlichen Bereich eine Vorbildwirkung hat.

Dem österreichischen Experten ist es wichtig, dass dieser Prozess von den Libyern mitgetragen wird. „Wir wollen keine Zwangsberatung. Wir wollen in partnerschaftlicher Weise auf Augenhöhe in direktem Gespräch die Notwendigkeiten erarbeiten – die dringendsten Notwendigkeiten können jedoch nur die Libyer selbst identifizieren“, sagt Klaus Gruber.

Die Aufgabe der internationalen Experten ist es, den libyschen Kollegen zu helfen, internationale Kontakte herzustellen und einen Know-how-Transfer zu ermöglichen. „EUBAM Libyen hat nur ein Planungsmandat. Das heißt, die Mission hat keine eigenen finanziellen Mittel, um Maßnahmen zu finanzieren. Daher sind wir Vermittler zwischen den Libyern und der internationalen Gemeinschaft“, erklärt Gruber. Es bestehen enge Kontakte mit den Vereinten Nationen (*UNDP* und der UN-Mission *UNSMIL*), der *Internationalen Organisation für Migration (IOM)* sowie der in Wien ansässigen internationalen Organisation *ICMPD (International Centre for Migration Policy Development)*. Ein Beispiel für die internationale Zusammenarbeit zwischen EUBAM Libyen und den Vereinten Nationen ist die ge-

FOTO: EGON WEISSHEIMER.



Pressekonzferenz nach einem Treffen mit Vertretern des libyschen Justizministeriums in Tripolis.



Besuch einer libyschen Delegation im Joint Operational Office (JOO) des Bundeskriminalamts in Wien.

meinsame Planung, der Bau und die Einrichtung einer großen Polizeistation in Tripolis. In dieser Polizeistation sollen ungefähr 100 Beamte arbeiten. Dort sollen etwa Opfer von Verbrechen menschenrechtskonform betreut werden können und die Anhaltzellen sollen internationalen Standards entsprechen.

EUBAM Libyen vermittelt auch zwischen den EU-Mitgliedstaaten, um spezielle Trainings für die libyschen Sicherheitsbehörden auszurichten. Diese Trainings werden, je nach Bedarf, in Tunis oder im jeweiligen EU-Mitgliedstaat durchgeführt. „Es gibt viele bewaffnete Gruppen in Libyen, die Schusswaffen einsetzen. Daher ist es für die libysche Polizei notwendig, Kenntnisse zu haben, um Geschoßteile zu identifizieren und Beweise sichern zu können. Durch die instabile Sicherheitssituation der letzten Jahre ist viel Know-how bei der libyschen Polizei verloren gegangen“, erläutert Gruber. Außerdem besteht ein Austausch auf Ebene der EU-Agenturen *Europol* und *Frontex* sowie auf Ebene der bilateralen Verbindungsbeamten, um Informationen für die libyschen Behörden abzuklären und einzuholen und Kommunikationskanäle für die europäischen Staaten wieder aufzubauen.

Hotspot Libyen. „Libyen ist momentan einer der größten Hotspots im Mittelmeerraum. Im Hinblick auf die Migrationsproblematik, im Terrorismusbereich sowie bei der organisierten Kriminalität“, erklärt Gruber, warum es notwendig ist, vor Ort anzusetzen, um europäische Sicherheitsinteressen zu wahren. „Nach dem Sturz des libyschen Machthabers Gaddafi sind grenzüberschreitende kriminelle Gruppen in das Land eingedrungen und die libyschen

Behörden waren nicht mehr in der Lage, die Konfliktherde des Landes zu kontrollieren. Damit besteht eine akute Gefahr für Europa. Jedes europäische Land hat ein Interesse daran, einem benachbarten Staat, der in Gefahr ist und von kriminellen Gruppen durchsetzt wird, zu mehr Stabilität zu verhelfen.“ Die schwierige Sicherheitssituation in Libyen hat sich in den letzten Jahren und Monaten etwa stark im Migrationsbereich ausgewirkt, wobei Tausende afrikanische Migranten versucht haben, über die libysche Mittelmeerküste mit Booten nach Europa zu gelangen. „Wenn es uns gelingt, das Land zu stabilisieren, ist das ein wichtiger Beitrag, um derartige Gefahren möglichst nah an der Wurzel zu bekämpfen“, erläutert Gruber.

Klaus Gruber, seit 1984 bei der Polizei, war mehrere Jahre im Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung in einer Leitungsfunktion tätig und hat zwei Studien in Deutschland in Kriminologie, Polizeiwissenschaft und Strafrechtspflege abgeschlossen. Einer seiner Schwerpunkte war das Thema Qualitätssicherung in Polizeisystemen.

„Das ist mir im Auswahlverfahren zugutegekommen. Mit diesem wissenschaftlichen Hintergrund, kombiniert mit meiner mehrjährigen praktischen polizeilichen Erfahrung, ist es mir gelungen, die Auswahlkommission zu überzeugen“, sagt Gruber. Persönliche Motivation für seine Entsendung in diese Mission ist eine ausgedehnte private Reise 2006 nach Libyen. „Ich habe damals das Land und die Leute ins Herz geschlossen und habe mich seither für die Entwicklungen dort interessiert.“ Zentrales Element im Auswahlprozess

war die Problemlösungsfähigkeit der Kandidatinnen und Kandidaten. „Mitunter muss man, wenn man unter derartigen schwierigen Rahmenbedingungen arbeitet, auch kreativ denken. Das wurde im Auswahlverfahren abgeprüft. Auch die ethische und moralische Stabilität der Bewerberinnen und Bewerber ist in die Personalentscheidung eingeflossen, die schließlich in Brüssel in Abstimmung mit dem Missionsleiter von EUBAM Libyen getroffen wurde“, sagt Gruber. Seine Entsendung ist noch bis Ende 2018 vorgesehen.

Grenzschutz und Sicherheit. Die EU hat im Mai 2013 die zivile Mission „EU Integrated Border Assistance Mission in Libya“ (EUBAM Libyen) beschlossen. Dabei handelt es sich um eine EU-Mission zur Unterstützung der libyschen Behörden im Bereich des Grenzschutzes und der inneren Sicherheit. Ziel ist es, durch die Mission kurzfristig die Kapazitäten für einen verbesserten Schutz der libyschen Land-, See- und Luftgrenzen zu erhöhen, sowie längerfristig zur Entwicklung einer „integrierten Grenzschutzverwaltung“ („Integrated Border Management“) beizutragen. Unter einer „integrierten Grenzschutzverwaltung“ versteht man die Entwicklung einer kohärenten und umfassenden Strategie für ein integriertes Grenzmanagement, das darauf abzielt, eine Balance sicherzustellen: Einerseits, um Bewegungen von Handel und Reisenden über Grenzen hinweg zu erleichtern, andererseits um effiziente Grenzkontrollen sicherzustellen, um grenzüberschreitende Kriminalität zu erkennen und zu verhindern. Zuletzt wurde das Mandat der Mission „EUBAM Libyen“ bis Jahresende 2018 verlängert.

M. L.